

Die Schuld der SPD am wachsenden Linksextremismus

Besonders die SPD hat in den vergangenen Jahren alles dafür getan, die Verfolgung von Linksextremismus weniger zu unterstützen. Der Fokus wurde bislang auf das Spektrum des rechten Extremismus gelenkt. Aktuell wird zwar gebetsmühlenartig von Vertretern der SPD behauptet, der Kampf gegen Linksextremismus würde gleichermaßen vorangetrieben, wie das Engagement gegen Rechtsextremismus, tatsächlich sieht die Situation völlig anders aus. Einzelne Vertreter der Spezialdemokraten fallen dabei besonders unangenehm ins Gewicht. Als Manuela Schwesig Ende 2013 Familienministerin wurde, stellte sie Präventionsprogramme um. Die SPD-Politikerin ist für ihre linkslastige Art hinlänglich bekannt geworden und ließ sich regelmäßig umfangreich über die Zustände in ihrer Heimat Mecklenburg-Vorpommern aus, die als Hochburg rechter Parteien angesehen wird. Am 1. Juli 2014, stellte sie ihr neues Konzept vor. Schwesig blieb ihrem heimatlich geprägten Blick auf Deutschland verhaftet, doch das Großstadt-Phänomen - Linksextremismus- blieb ihr fremd. Mit dieser Blindheit blieb sie nicht alleine, ihr Staatssekretär, Ralf Kleindiek, aus Hamburg hätte eine andere Sicht einbringen können. Immerhin war er in der Hansestadt Staatsrat für Justiz und früher im Bundesinnenministerium tätig gewesen, dies geschah seinerseits ebenfalls nicht.

Mit Maßnahmen gegen Linksextremismus beschäftigte sich Schleswig nahezu nie und vermied auch in Reden die Begrifflichkeit und Definition. Der Linksextremismus wurde totgeschwiegen, um ihn aus den Köpfen zu verbannen und den „bösen Rechtsextremismus“ ins Zentrum der Aufmerksamkeit zu lenken. Dabei wurde regelmäßig im Kampf gegen „Rechts“ alles pauschal in einen Topf geworfen, so dass der objektive Zuschauer den Eindruck gewinnen musste, dass politische Extremisten und Gefahren vornehmlich dem rechten, politischen Lager zu zuordnen sind.

Es geht ja immer noch schlimmer. Die Programme gegen Linksextremismus, die ihre Vorgängerin, Kristina Schröder, von der CDU initiiert hatte, ließ Schwesig bis auf wenige Ausnahmen stoppen. Die seien „einfach nicht erfolgreich“ gewesen, hätten „weder ihre Zielgruppe gefunden, noch die Probleme getroffen“. Weggestrichen wurde überall, wo nur weggestrichen werden konnte. Gegen das Phantom „Rechtsextremismus“ wurden 26 Projekte gefördert, gegen extremistischen Islamismus 28. *Aus 14 Modellprojekten gegen Linksextremismus, die gefördert worden waren, blieben drei.* Erhalten blieb auch ein Projekt der Stiftung „Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen“, das die Jugendlichen über Linksextremismus in der Geschichte und über die Zusammenhänge zur Gegenwart aufklären sollte. Dieses Projekt war sehr umstritten und vielen Mitarbeitern wurde und wird nachgesagt, sie würden das eigentliche Problem beschönigen.

Rund 500.000 weitere Asylanten im Jahr 2017

Wer glaubt, das Zuwanderungschaos würde sich beruhigen, der sollte sich die Angaben des Innenministeriums ansehen. Nach den Zahlen rechnet man für 2017 insgesamt mit rund 180.000 Asylanten. Damit aber noch nicht genug, das Auswärtige Amt geht zudem zusätzlich von 200.000 bis 300.000 Personen aus, die per Familiennachzug nach Deutschland kommen wollen. Im ersten Halbjahr 2017 sollen bereits mehr als 90.000 Asylanten in unser Land gekommen sein. Zuzüglich der steigenden illegalen Einwanderung kann daher also von der Einwohnerzahl einer mittleren Stadt gesprochen werden. Geschönt werden diese Zahlen dadurch, dass ein Vergleich zu den Vorjahren aufgezeigt wird, mit der Absicht die aktuellen Zahlen als weniger schockierend hinzustellen.

Nach Angaben des Auswärtigen Amtes ist mit einem Nachzug von insgesamt 200.000 bis 300.000 Familienangehörigen aus Syrien und dem Irak zu rechnen. Grundlagen für diese Schätzungen seien die bisherigen Anträge auf entsprechende Visa und die auf Grund dessen hochgerechneten Prognosen für weitere Anträge, gab das Außenministerium bekannt.

Streichung der Milliarden Eurohilfen für die Türkei



Es wird weiterhin über Deutschland gehetzt und geschimpft. Grundrechte werden mit Füßen getreten. Das, was uns als Demokratie bekannt ist, entwickelt sich gegen den allgemeinen Wunsch zum Erdogan-Staat. Die EU erhält Milliarden an sogenannten Heranführungshilfen. Unser Land entfernt sich dadurch weiter von Europa und den westlichen Grundwerten. Nicht ohne Grund haben

wir Republikaner uns bereits über Jahrzehnte hinweg dafür stark gemacht, dass die Türkei weder in die EU kann, noch Beitrittsverhandlungen oder Vorgespräche dafür als notwendig erachtet werden, daran wird sich nichts ändern. Unsere Partei geht auch wieder mit dem Slogan in den EU-Wahlkampf 2019: Europa ohne die Türkei!

KURZ UND BÜNDIG

NACH DER WAHL IST VOR DER WAHL



Es dauert zwar noch rund 2 bis 3 Jahre bis in NRW der Europawahlkampf beginnt und im folgenden Jahr dann die Kommunalwahlen bewältigt werden müssen, aber...

für unsere Partei bedeutet es, dass wir uns bereits

unmittelbar nach den Landtagswahlen wieder den Herausforderungen der kommenden Wahlen stellen. Dazu gehört nicht nur der Ausbau der Strukturen, sondern das stetige Werben auf der Straße.

Im Gegensatz zu anderen Parteien werden wir Republikaner nicht medial gefördert, deshalb müssen wir selbst über unsere Ziele und Vorstellungen informieren und einiges richtig stellen. Exemplarisch ist der neu gegründete Kreisverband in Kleve, der kurz nach seiner Entstehung bereits mit einer Infostand-Serie für die Positionen der Republikaner vor Ort wirbt.

Nicht nur in NRW wird fleißig geworben, auch in anderen Bundesländern sind viele unserer kommunalen Mandatsträger und andere Mitglieder für unsere Partei, die Republikaner, aktiv. Häufig ohne entsprechende Berücksichtigung in den lokalen Medien, aber trotzdem mit dem Ziel vor Augen, sich auch für unsere Heimat einzubringen. Wir Republikaner sprechen aus, was ein großer Bevölkerungsteil nur leise denkt, dabei ist nicht die Triebfeder unseres Handelns, dass hochdotierte Posten winken könnten, sondern unser deutscher Wohlstand und der Status sind das Ziel. Deutschland braucht gerade diese Personen heute nötiger denn je, damit auch unser Volk eine würdige Vertretung in den Parlamenten findet.

EHE FÜR ALLE? NICHT MIT UNS!

Diese Diskussion ist entbrannt und wird passend zum sonstigen Werteverlust von den Gutmenschen dominiert. Während früher ein festes Bild die Familie geprägt hat, wird im Zuge der gesamten Aufweichung an allem gerüttelt. Dabei verwundert die Entscheidung auch nicht, dass künftig eine Ehe auch gleichgeschlechtlich geschlossen werden kann. Vorgeschieben werden Gründe einer angeblichen Weltoffenheit und Notwendigkeit, die eine Anpassung erforderlich machen würde. Kritikern wird schnell vorgeworfen, sie wären homophob. Die Diskussionen werden schnell auf die Bedürfnisse der Ehepartner simplifiziert. Die Auswirkungen auf die Kinder bleiben eher von sekundärem Interesse. Für uns hat die einfache Familie weiterhin Bestand, wenn sie aus Mutter, Vater und Kind besteht. Wir brauchen orientierbare Werte in unserem Land, daran misst sich die Gemeinschaft. Weder muss alles gleichgeschaltet, homogen, noch dem Gender-Wahnsinn geopfert werden.

HEIMAT GESTALTEN - REPUBLIKANER WERDEN

Werden Sie Mitglied und Unterstützer unserer Partei. Unser Land hat bereits zu viele Zuschauer, aber besonders heute ist es wichtiger denn je, dass mehr Menschen ihren

Anteil zu zwingend notwendigen Veränderungen leisten. Jeder kann sich einbringen, entweder als aktives Mitglied oder als passiver Unterstützer. Werden Sie Republikaner und Teil einer Oppositionskraft, die sich primär für die Interessen unserer Bevölkerung und für den Erhalt unserer Identität und Kultur einsetzt. Wir stehen fest auf dem Boden der Verfassung, lassen uns aber von denen, die uns in Grund und Boden regieren, keinen Maulkorb verpassen. Jetzt ist Ihre Chance sich zu beteiligen. Nutzen Sie diese, bevor unsere Heimat noch mehr Schaden nimmt. **Einen Aufnahmeantrag finden Sie auf Seite 4 oder <http://www.rep.de/mitglied-werden>**



[Unterstützen Sie uns mit einer Spende?](#)

Spendenkonto: DIE REPUBLIKANER (REP) Postbank Dortmund,
 IBAN:DE60440100460387450460 BIC:PBNKDEFFXXX

Sie haben Fragen? bund@rep.de

Informieren Sie sich über unsere Arbeit

- Ich möchte mehr über die Partei erfahren.
- Bitte laden Sie mich zu einer Veranstaltung ein.
- Ich möchte Mitglied werden.

VERANSTALTUNGEN

- **Heidelberg:** einmal im Monat. Informationen unter heidelberg@rep.de oder 0157/30663871.
- **Karlsruhe Land:** Regelmäßige politischer Stammtische, z.B. am **30.07**, 10.00 Uhr, in Wiesental. Am **19.07**, 18.00 Uhr, in Bruchsal, sowie ein **Sommerfest am 26.08.17**, 16.00 Uhr, in Oberhausen-Rheinhausen (Karlsruhe Land). Weitere Informationen unter 07254-72375.
- **München:** Stammtisch mit Infoveranstaltung jeden zweiten Dienstag im Monat ab 19 Uhr im Gasthof Zum Goldenen Roß, Rosenheimer Str. 189, 81671 München. Näheres unter 089/2158367.
- **Erding:** Stammtisch jeden dritten Freitag im Monat ab 19.30 Uhr beim Lindenwirt in Erding/Bergham (Nähe S-Bahn-Station Aufhausen). Regelmäßige Infostände in Erding, Dorfen und Taufkirchen; Info unter Tel. 08083/8717.
- **Nürnberger Land:** Stammtisch jeden vierten Samstag im Monat ab 19.30 Uhr, Gaststätte „Zum Goldenen Stern“, Nürnberger Str. 7, 91224 Pommelsbrunn. Info unter 01522-2624313.
- **Kissing:** Jeden ersten Montag im Monat (außer August) findet ein politischer Stammtisch statt. Beginn 19.30 Uhr, Gaststätte Relax't, Peterhofstr.15, 8438 Kissing.
- **Forchheim:** In Forchheim führen die Republikaner einen monatlichen Stammtisch durch. Interessenten mögen sich bitte bei dem Bezirksvorsitzenden und REP-Kreisrat Herrn Noffke melden: 09191/31880.
- **Frankfurt am Main:** Politischer Stammtisch am ersten Dienstag im Monat. Info: 069/522500.
- **Kassel:** Tel. 0661/603746, vierwöchentliches Informationstreffen.
- **Düsseldorf:** Monatlicher Informationsabend des REP-Kreisverbandes: duesseldorf@rep.de oder Tel./Fax 0211-6022383. Zudem findet am 3.10 wieder das jährliche Sommerfest statt.
- **Köln:** Monatliche Informationsveranstaltungen; Einladung schriftlich über den Kreisverband: koeln@rep.de.
- **Aachen:** Politischer Informationsabend jeden ersten Freitag im Monat um 18 Uhr. Näheres unter nrw@rep.de.
- **Wuppertal:** Monatlicher Stammtisch, Einladungen erfolgen schriftlich. Kontakt unter: wuppertal@rep.de.
- **Bochum:** Monatlicher Informationsabend / Ruhrstammtisch. Kontakt unter: bochum@rep.de.
- **Essen:** Monatlicher Informationsabend der Republikaner in Essen. Kontakt über: nrw@rep.de
- **Dortmund:** Monatlicher Informationsabend: Kontakt unter dortmund@rep.de.
- **Ostwestfalen-Lippe:** Jeden ersten Montag im Monat, um 20.00 Uhr, in Herford. Informationen unter nrw@rep.de.
- **Mettmann:** Am 21. Juni 2017 führen die Republikaner eine Informationsveranstaltung durch. Beginn: 19.00 Uhr. Interessenten können Sie über Email bei uns melden: nrw@rep.de
- **Kreis Kleve:** Monatliche Informationsveranstaltungen des REP-Kreisverbandes Kleve, jeden zweiten Freitag im Monat. Interessierte Bürger können sich per E-Mail eine Einladung über den Landesverband senden lassen: kleve@rep.de
- **Vogtland:** Die Republikaner im Vogtland führen jeweils eine monatliche Informationsveranstaltung durch. Einladungen erfolgen schriftlich und können unter nachfolgender E-Mail-Adresse angefragt werden: sachsen@rep.de

Antrag auf Mitgliedschaft

Sie können diesen Antrag in Acrobat ausfüllen und dann ausdrucken oder ausdrucken und dann per Hand ausfüllen (bitte in Blockschrift). Den ausgefüllten Antrag senden Sie bitte per Post an folgende Adresse:

DIE REPUBLIKANER (REP)
Bundesverband
Postfach 870210
13162 Berlin



Ich bin *dabei!*

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen der Republikaner und ihrer Satzung. Ich sehe in der Verteidigung des freiheitlich demokratischen Rechtsstaates gegen innere und äußere Feinde eine der wichtigsten politischen Aufgaben. Das unterstreiche ich durch folgende Erklärung: Ich werde mich stets für folgende Verfassungsgrundsätze besonders einsetzen und sie verteidigen. 1) Das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier und geheimer Wahl zu wählen; 2) Die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetzgebung und Recht; 3) Das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition; 4) Die Ablösbarkeit der Regierung und ihrer Verantwortung gegenüber der Volksvertretung; 5) Die Unabhängigkeit der Gerichte; 6) Der Ausschluß jeder Gewalt- und Willkürherrschaft; 7) Die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.

E-Mail: bund@rep.de

Titel, Vorname, Nachname _____

Straße, Hausnummer _____

Postleitzahl _____ Wohnort _____

Telefon _____ Telefax _____

E-Post _____

Konfession / Beruf / Tätigkeit _____ Geburtsdatum _____

Frühere Parteimitgliedschaft in ... /von > bis; Mitgliedschaft in Gewerkschaften/anderen Vereinen _____

Datum / Unterschrift _____

Bitte senden Sie mir die Parteizeitung per Post
 Ich möchte den Infobrief der REPUBLIKANER per E-Post beziehen

Betrag (€ pro Monat) _____ Zahlungsart Überweisung Lastschrift Zahlungsrhythmus jährlich halbjährlich

Beitrag mind. 10,00 € monatlich, bzw. 5 € für Rentner, Azubis, Arbeitslose, Studenten, Personen mit geringem Einkommen. Die Aufnahmegebühr beträgt 10 €.

Erteilung eines SEPA-Lastschriftmandates

Hiermit ermächtige ich die Republikaner, vertreten durch den empfangsberechtigten Landesverband, widerruflich von unten genanntem Girokonto, die von mir zu entrichtenden Beiträge im Lastschriftverfahren (Bankabbuchung) einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von den Republikanern eingezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von 8 Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit dem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Vor dem ersten Einzug einer SEPA-Basis-Lastschrift werden mich Die Republikaner über den Einzug in dieser Verfahrensart unterrichten.

Kreditinstitut _____ BIC/Swift-Code _____

IBAN _____

Datum / Unterschrift _____

Aufnahmeantrag angenommen				Interne Bearbeitung
Kreisverband <hr/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> <hr/> Unterschrift	Bezirksverband <hr/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> <hr/> Unterschrift	Landesverband <hr/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> <hr/> Unterschrift	Bundesverband <hr/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> <hr/> Unterschrift	Datum EG EDV Ausw. Mitgl.nr.